

Die temporär verdrängte US-Bankenkrise nimmt wieder Fahrt auf

Keine Entspannung

Acht Milliarden Euro will Deutsche Bank-Chef Christian Sewing in den kommenden Jahren an die Aktionäre ausschütten – in Form von Dividenden und Aktienrückkäufen, davon 1,5 Milliarden im nächsten Jahr. Das ist aber nur ein Bruchteil der 6,5 Milliarden, die die Mailänder Unicredit im Jahr 2024 auszahlen will. Weniger zu jubeln haben die Eigner regionaler US-Banken, bei denen die Krise aus dem März in die nächste Runde zu gehen droht.

Während die großen Investmentbanken unter dem Einbruch des Kapitalmarktgeschäfts weniger Gewinn schreiben (JF 44/23), geht es bei mittleren und kleinen Instituten im klassischen Bankgeschäft um die Substanz. Wie schon im März die kalifornische Silicon Valley Bank (SVB) stehen sie vor zwei Problemen: durch steigende Zinsen sinkt der Wert ihrer Anleihen und Kredite, was aber aufgrund der Rechnungslegung nur teilweise offengelegt werden muß. Parallel dazu ziehen Kunden ihre Einlagen ab, weil es bei Geldmarktfonds deutlich höhere Zinsen gibt: bis zu 5,4 Prozent bei täglicher Verfügbarkeit.

Entspannung ist nicht in Sicht, denn langfristige Zinsen stiegen zuletzt stark. Die US-Zentralbank Fed reduziert weiterhin ihr Anleiheportfolio von 8,5 Billionen Dollar Anfang 2022 auf zuletzt 7,4 Billionen. Nicht nur müssen diese Anleihen vom Markt ersetzt werden, sondern Joe Bidens Haushaltsdefizit von fast acht Prozent erforderte die Plazierung von 600 Milliarden Dollar an neuen Schulden. „Joe Bidens Etatdefizit erforderte die Plazierung von 600 Milliarden Dollar an neuen Schulden.“

Siemens Energy soll mit milliardenschweren Garantien gestützt werden

Energiewende mit Vollkasko

Von Marc Schmidt

Es bleibt wohl nicht bei einem Jahresverlust von 4,5 Milliarden Euro. Der Aktienkurs abgestürzt, Rating-Agenturen drohen mit Abwertung – Siemens Energy verhandelt mit der Bundesregierung, den Banken und der Muttergesellschaft Siemens über Garantien von 15 Milliarden Euro zur Absicherung des Auftragsbestands von 110 Milliarden Euro. Der als Sanierer engagierte Vorstandschef Christian Bruch muß nach Vorlage der Quartalszahlen am 15. November und dem folgenden Kapitalmarkttag um seinen Job fürchten.

Für Olaf Scholz ist der Energiewende-Konzern zwar „ein ganz wichtiges Unternehmen“, doch der Bund will den Verlustbringer „nur“ mit neun Milliarden Euro absichern, wenn die Siemens AG selbst fünf Milliarden Euro an Garantien stellt. Selbst der „grüne“ DIW-Ökonom Marcel Fratzscher warnt vor solch irrwitzigen Staatsgarantien, die bräuchten „Fehlreize für Unternehmen, da sie eine Vollkasko-Mentalität fördern“. Die Siemens-Führung redet sich mit aktienrechtlichen Problemen heraus, man halte nur noch 25,1 Prozent an Siemens Energy. Im Juni waren vorsorglich 6,8 Prozent an den Verein Siemens Pension-Trust überschrieben wor-

erhöhen sich die Buchverluste in den Bankbilanzen: auf 558 Milliarden Dollar beliefen sie sich am Ende des zweiten Quartals, deutlich weniger als im Jahresanfang. Doch durch den Zinsanstieg dürften sie wieder auf dem vorherigen Höchststand liegen, nach Schätzungen der Ratingagentur Moody's sogar noch höher.

Gleichzeitig ziehen Kunden ihre Einlagen ab. Das macht sich im erst im März aufgelegten Bankenfinanzierungsprogramm bemerkbar. Nach einem schnellen Anstieg auf 100 Milliarden Dollar bis Juni ging es seitdem nicht abwärts, wie bei einer Entschärfung der Krise zu erwarten gewesen wäre, sondern weiter aufwärts auf 109 Milliarden Mitte Oktober. Es sieht eher nach einer Verlängerung dieses Programms aus als nach seinem planmäßigen Auslaufen im März 2024. Erneut bewahrt sich Ronald Reagans Beobachtung, daß nichts so dauerhaft ist wie ein vorübergehendes staatliches Programm. Banken brauchen also noch stärker das Sonderprogramm, nur um ihre Liquidität sicherzustellen.

Buchverluste reduzieren das Eigenkapital, Abflüsse der Einlagen die Liquidität. Konsequente Reaktion der Banken: schrumpfendes Kreditvolumen. Fed-Gouverneure freuen sich bereits öffentlich, daß die verschärften Kreditkonditionen weitere Zinserhöhungen überflüssig machen. Bei Gewerbeimmobilien häufen sich die Horrormeldungen, bisher meist aus San Francisco. New York könnte der nächste Dominostein werden – ausgerechnet die im März geschlossene Signature Bank war die einzige, die in der Stadt Wohnungen mit Mietdeckel finanzierte, die nun zwangsversteigert werden müssen. Ein Aufblammen der Bankenkrise ist wahrscheinlich, wenn Verluste bei Gewerbeimmobilien die bestehenden Probleme verschärfen.

von
Thomas
Kirchner

„Joe Bidens
Etatdefizit
erforderte die
Plazierung von
600 Milliarden
Dollar an neuen
Schulden.“

Verschwendung ist Programm

EU-Haushalt: Der EU-Rechnungshof kritisiert eine auf 4,2 Prozent gestiegene Fehlerquote



Verbrennende Euroscheine: Schwerwiegende Verstöße bei öffentlicher Auftragsvergabe und der Gewährung der staatlichen Beihilfen

DIRK MEYER

Jährlich nimmt der Europäische Rechnungshof (EuRH) die Einnahmen und Ausgaben der EU unter die Lupe und veröffentlicht das Ergebnis in seinem Jahresbericht. Genau genommen hatten die Prüfer aktuell die Vorgänge aus zwei EU-Haushalten parallel zu begutachten: Zum einen den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 als Normalhaushalt in Höhe von 1.216 Milliarden Euro, zum anderen den Corona-Wiederaufbaufonds NextGenerationEU (NGEU) mit einem Volumen von 807 Milliarden Euro als Konjunkturprogramm nach der Corona-Pandemie.

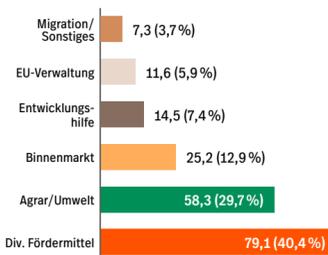
Dabei untersuchten sie, ob die Jahresrechnung den formalen Anforderungen entspricht – also die Mittelzuweisungen den Programmvorgaben genügen, die Länder die gesetzten Voraussetzungen (Meilensteine) für die Vergabe erfüllen und der tatsächliche Mittelabfluß dem Plan folgt. Hinzu kommen vergaberechtliche Prüfungen wie die Einhaltung der Ausschreibungsrichtlinien. Der Anfang Oktober vorgelegte Bericht umfaßt die Ausgaben in 2022 aus dem EU-MFR-Haushalt (196 Milliarden Euro) und dem kreditfinanzierten NGEU-Fonds (47,3 Milliarden Euro), insgesamt also 243,3 Milliarden Euro.

Mindestens 10,2 Milliarden Euro wurden 2022 „fehlgeleitet“

Bei etwa dreiviertel dieser Summe haben die EU-Mitgliedstaaten die Mittelverwaltung im Auftrag der EU übernommen, das heißt die Projektauswahl, die Verteilung der Mittel und die weitere Projektabwicklung. Der EuRH prüft nicht die Gesamtheit aller Maßnahmen, sondern beurteilt den Umfang

EU-Haushalt 2022

Ausgaben in Milliarden Euro



Quelle: EU-Rechnungshof

der fehlerhaften Ausgaben auf der Basis von Stichproben. Allerdings decken diese knapp 70 Prozent aller Mittelabflüsse ab. Das abschließende Urteil fällt enttäuschend aus: Das vierte Mal in Folge ein „versagtes“ Prüfungsurteil zu den Ausgaben aus dem EU-Haushalt und ein „eingeschränktes“ Prüfungsurteil zu den NGEU-Ausgaben. So lag die Fehlerquote bei den Ausgaben des EU-Normalhaushalts bei 4,2 Prozent und damit über der Quote von 2021 mit drei Prozent. Naturgemäß ist das Fehlerisiko von Ausgabenarten mit anspruchsbasierten Zahlungen und einfachen Voraussetzungen sowie bei Verwaltungsausgaben (Gehälter) geringer als bei solchen, die erstattungsbasierte Zahlungen mit eher komplexen Vorschriften betreffen.

Hier sind nicht nur die Voraussetzungen besonders zu prüfen (Förderfähigkeit), sondern auch entsprechende Belege und die entstandenen erstattungsfähigen Kosten zu prüfen. Bei diesen, mit hohen Risiken verbundenen Ausgaben (geprüft 110,1 Milliarden Euro) lag die Fehlerquote bei sechs Prozent. Hinsichtlich der Fehlerarten dominierten die Einbeziehung nicht förderfähiger Kosten in Kostenaufstellungen, schwerwiegende Verstöße bei öffentlicher Auftragsvergabe, Genehmigungsverfahren bei Finanzhilfen und staatlichen Beihilfen, nicht förderfähige Projekte, Tätigkeiten oder Begünstigte sowie Zahlungen, für die keine Belege vorgelegt wurden. Bei den mit einem geringen Risiko verbundenen Ausgaben (geprüft 56,7 Milliarden Euro) wird die „Wesentlichkeitsschwelle“ von zwei Prozent nicht überschritten. Hochgerechnet auf die gesamten EU-Ausgaben wurden entsprechend 10,2 Milliarden Euro fehlgeleitet.

Der EuRH schlüsselt die Angaben nach Sektoren auf, vermeidet aber länderspezifische Fehlerquoten. Trotz der erheblichen, als unrechtmäßig festgestellten Förderpraxis wurden dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) nur 14 Fälle mutmaßlichen Betrugs gemeldet, die im Zuge der Ausgabenprüfung 2021 festgestellt wurden. Interessant ist die Einschätzung der EU-Kommission, die die Gesamtfehlerquote auf nur 1,9 Prozent schätzt und damit unterhalb der „Wesentlichkeitsschwelle“ bleibt, während der EuRH 4,2 Prozent ermittelt. Möglicherweise kommt hier auch ein unterschiedliches Prüfungsinteresse zum Ausdruck.

Auftragsbedingt prüft der EuRH nur die formale Richtigkeit der Mittelvergabe, hinterfragt hingegen nicht die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der finanzierten Maßnahmen. So legt etwa das Programm „Nachhaltige Mobilität“ eine strukturelle Verschwendung von Ressourcen zum Umwelt-/Klimaschutz nahe. Die im deutschen NGEU-Fördertopf vorgesehene Absatzförderung für 560.000 Elektrofahrzeuge baut derzeit noch auf „braunem“ Strom beim Ladevorgang auf und einem CO₂-Rucksack, der bei der Batterieproduktion in

China gepackt wurde. Im solarschwachen Litauen werden Photovoltaik-Anlagen im Programm „Erneuerbare Energien und Netze“ subventioniert.

Die Einsparung einer Tonne CO₂ kostet unter diesen geographischen Verhältnissen etwa 415 Euro und ist somit fünfmal so teuer wie entsprechende Einsparungen bei der Stromproduktion durch Kohle. In Italien konnten Besitzer von Häusern und Wohnungen mit dem „Superbonus 110“ ihre Kosten für Energieinvestitionen zu 110 Prozent von der Steuer absetzen (JF 32/23). Wer macht da nicht mit und profitiert noch bei steigenden Renovierungskosten? Diese Beispiele unterstützen die bereits vom EuRH ermittelten Fördermängel und heben die notwendige Kontrolle auf die politische Ebene, die fragwürdige Förderziele und vom Ansatz her unwirtschaftliche Maßnahmen formuliert.

Drohen 225 Milliarden Zinskosten für die EU-Kredite bis 2058?

Als weitere Risiken verweist der EuRH auf die stark angestiegene Verschuldung der EU, die es nach EU-Vertrag eigentlich gar nicht geben dürfte. Über Sonderbeschlüsse und Garantien der Mitgliedstaaten sind dennoch Kredite in Höhe von 344 Milliarden Euro entstanden, deren Rückzahlung ab 2028 bis 2058 vorgesehen ist. Neben den ungeklärten Tilgungsquellen stellen die NGEU-Kredite ein Zinsrisiko für den EU-Haushalt dar. Interne Papiere sprechen von möglichen Zinskosten bis 2058 von 225 Milliarden Euro. Auch führe der nicht prognostizierte Anstieg der Inflation zu einem geschätzten Kaufkraftverlust von zirka zehn Prozent, was einen Nachtragshaushalt wahrscheinlich macht.

Ein besonderes Problem beim Wiederaufbaufonds entsteht durch den Zeitdruck. Es stehen 338 Milliarden Euro als Finanzhilfen zur Verfügung, für weitere 385,8 Milliarden Euro können die Staaten über die EU durchlaufende Kredite aufnehmen (Back-to-back-Prinzip). Bislang sind nur 69,3 Prozent der möglichen Zuschüsse durch genehmigte Projekte gebunden. Bis Ende des Jahres muß aber eine vollständige Mittelbindung vorliegen.

Ebenfalls stockt der Mittelabfluß, denn bis Ende 2022 waren nur 27,7 Milliarden Euro an Zahlungen geleistet. Bis 2027 müssen alle Projekte abgeschlossen sein. Von daher sieht der EuRH den Vollzug des Corona-Konjunkturprogramms kritisch und befürchtet ein „Dezemberfieber“ bei der Projektgenehmigung und Durchführung, das die generellen Ziele der Sparsamkeit und Effizienz weiter gefährden könnte. Verschwendung ist Programm.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► www.eca.europa.eu/de/publications/AR-2022

Arbeiten Sie in einer der spannendsten Redaktionen der Hauptstadt. Was Sie erwartet? Interessante Aufgaben und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

WIR SUCHEN AB SOFORT

► Redakteur/-in für Print und Online

Weitere Informationen unter: jf.de/stellenangebote
Telefonische Rückfragen unter: 030/86 4953 28

JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

Die JF stellt ein

Wir haben viel vor.
Mit Ihnen.

jf.de/stellenangebote

Chance
nutzen –
jetzt
bewerben